

50 Jahre *hblb* – ein persönlicher Erfahrungsbericht

Ursula Männle

Dies ist kein wissenschaftlicher Artikel, sondern die überarbeitete Nachschrift eines Grußwortes anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des VHB (dem bayerischen *hblb*); der mündliche Ton wurde belassen. Der Text ist meine persönliche Sicht auf die Entwicklung der Fachhochschulen zur Hochschule für Angewandte Wissenschaften sowie der Interessenvertretung der Professoren und Professorinnen durch den *hblb*.

A. Berührungspunkte

1975 erhielt ich einen Lehrauftrag an der Kath. Stiftungsfachhochschule für Sozialwesen in München, Abteilung Benediktbeuern im Fach Politik, der zum Sommersemester 1976 in einen festen Vertrag überging. Der damalige Titel lautete „Fachhochschullehrer“, später umgewandelt in „Professor im Kirchendienst“. Mir fiel auf, dass die Kollegen häufig noch von der „Schule“ sprachen, die Lehrangebote eher verschult und die Studenten äußerst diszipliniert und unpolitisch waren. Einige waren älter als ich und hatten Berufserfahrung, da sie wegen der Aufwertung der Sozialarbeit und neuer Abschlüsse ein Diplom vorweisen mussten, wollten sie ihre bisherigen Funktionen behalten.

Eine Interessenvertretung gab es weder bei den Studenten, noch den Professoren. Auch als eine Hochschulsatzung erarbeitet worden ist, wurde nicht kontrovers diskutiert. Ich engagierte mich natürlich dabei und wurde auch in den Senat gewählt, aber erst später entwickelten sich der VHB und gelegentlich politische Gruppierungen bei den Studenten.

Den ersten Bezug zum *hblb* bekam ich mit meinem Einzug in den Deutschen Bundestag und der Mitgliedschaft im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft. Die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes stand auf der Tagesordnung und die einzigen Professoren an Fachhochschulen, der SPD-Kollege Weisskirchen und ich, wurden interessant für den *hblb* und kontaktiert. Dies war folgerichtig, denn erstmals sollten Fachhochschulen und deren Stellenwert im Gesetz berücksichtigt werden. Der *hblb* hatte Stellungnahmen erarbeitet, diese wurden in mehreren Gesprächen mit

uns diskutiert und wir versuchten, die Ergebnisse in die jeweilige Fraktionsgruppe einzubringen. Es war nicht ganz einfach, denn insbesondere die Universitätslobby versuchte, die Fachhochschulen klein zu halten. Im Gedächtnis habe ich noch heute eine Frage eines Vertreters des Hochschulverbandes an mich, an welcher Universität ich lehre. Meine Antwort, die Nennung der Fachhochschule, ließ seine Gesichtszüge entgleisen, hatte er doch vorher an den Fachhochschulen kein gutes Haar gelassen. Aber unser gemeinsamer Einsatz hatte sich gelohnt, der Anfang war gemacht und in der Plenardebatte zur Verabschiedung der Novellierung spielten die erzielten Verbesserungen durchaus eine Rolle. Der *hfb* würdigte dies nicht zuletzt in der Verbandszeitschrift „Die neue Hochschule“. Der Kontakt blieb über die Jahre lose bestehen. Die Notwendigkeit einer politischen Interessenvertretung wurde mir noch viel mehr im Haushaltsausschuss, dem ich als Berichterstatterin für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich in der Wendezeit angehörte, bewusst. Bei der Verteilung der erheblichen Forschungsmittel gingen die Fachhochschulen leer aus. Aber die Neugestaltung der Hochschullandschaft nach der Wiedervereinigung bewegte durchaus die Politik.

Ab 2000 (ich hatte eine kurze Pause von der Berufspolitik) begann meine zehnjährige Tätigkeit im Bundespräsidium des *hfb* als Vizepräsidentin. Hier konnte ich meine politischen Kontakte und Erfahrungen einbringen. Auch die einige Monate später einsetzende parallele Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag mit Tätigkeit im Hochschulausschuss erwies sich als nützlich, wenn auch nicht leicht. Bayern war gegenüber den Erwartungen der Fachhochschulen nicht immer offen gestimmt. Kurios und typisch folgendes Beispiel: Der Zusatz FH bei Diplomen oder dem Professorentitel sollte – trotz vieler Anläufe, diesen abzuschaffen – beibehalten werden. Aber als ein Minister zum Honorarprofessor ernannt wurde, war man auf dessen Anregung hin, sofort bereit, das „Honorar“ aus dem Hochschul-Lehrergesetz zu streichen. Fortan konnte er (und viele andere) sich völlig legal „Professor“ nennen, Visitenkarten und Briefbögen wurden sofort geändert.

Mit der Berufung in den Hochschulrat der Hochschule München nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik, endete meine Arbeit für die nun „Hochschule für Angewandte Wissenschaften“ genannte Institution. Bewusst wurde mir die enorme Weiterentwicklung gegenüber meiner eigenen beruflichen Tätigkeit 30 Jahre vorher. Ich bekam geradezu Hochachtung.

B. Probleme

Viele Probleme gab es in der 50jährigen Geschichte zu lösen: Lehrdeputat, Mittelausstattung, Bolognaprozess, Abschaffung der Diplome (mit oder ohne Zusatz) und Reduzierung des Praxisbezugs, Aufbau von Masterstudiengängen, W-Besoldung, Promotionsrecht

Als Hauptaufgabe für Professoren galt die Ausbildung und damit die Lehrtätigkeit. Alle Professoren (FH) litten unter dem Stundendeputat, das sogar von 18 auf 19 Stunden erhöht wurde (und leider ist es auch heute noch nicht geringer). Lediglich die Anrechnung von Diplomarbeiten, Praktikantenbetreuung, extern bezahlte Forschungsaufträge oder ganz neu, auch Professorenstellen mit ausdrücklichem Auftrag zu Forschungstätigkeit, brachten eine gewisse Erleichterung; aber natürlich nicht für alle.

Ein weiterer Punkt war die geringe Mittelausstattung und das Fehlen eines Mittelbaus (man sollte ja keinen hochschuleigenen Nachwuchs heranziehen und Forschung den Universitäten überlassen). Selbst anwendungsbezogene Forschung, wichtige Voraussetzung für Lehre, die fit für Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft machen sollte, wurde zunächst nicht unterstützt. Erst langsam wuchs hier die Erkenntnis in den Ministerien. Die Wirtschaft unterstützte jedoch die Fachhochschulen bei diesem Prozess nachdrücklich. Alle Professoren mussten zwar zu ihrer Berufung fünf Jahre Praxis nachweisen, aber bei den rasanten Veränderungen in Technik, Wirtschaft und Gesellschaft wurde die mitgebrachte Erfahrung veraltet.

Fazit: Arbeitsbelastung, Mittel- und Personalausstattung, aber auch das Gehalt waren nicht selten schlechter als im vorherigen Beruf. Das machte auch der Titel „Professor“ nicht wett. Ein echter Job für Idealisten! Wer es nicht glaubt, erforsche die Ursache für das mehrmalige Ausschreiben von Professorenstellen.

Eine weitere Herausforderung stellte der Bolognaprozess dar. Die Fachhochschulen wehrten sich entschieden gegen die Reduzierung der Ausbildung in der Praxis, aber vor allem gegen die Abschaffung des Diploms. Der Kampf wurde verloren – aber ernüchternd für uns war, dass ausgerechnet der Staat in seinem ureigensten Gebiet – dem Jurastudium und dem höheren Lehramt – an seinem Studienaufbau und dem Staatsexamen festhielt.

Aber Bologna brachte auch Gleichstellungen mit den Universitäten. An beiden Einrichtungen gab es nun den Bachelor mit gegenseitigen Anerkennungen und gleichen Voraussetzungen für den ersten Berufseinstieg. An vielen Fachhochschulen wurden qualifizierte Masterstudiengänge entwickelt. Dies zeigte das Potential, das in ihnen steckte. Dies bestätigten auch die neugeschaffenen Akkreditierungsagenturen. Diese Evaluation

war zwar zeitraubend und lästig, aber für die Fachhochschulen brachte der Prozess die Anerkennung der erbrachten Leistungen und zeigte die Notwendigkeit einer Akzeptanz der anwendungsbezogenen Forschung auf. Dem konnte sich auch Bayern nicht entziehen. Und die vielen Neugründungen, über das ganze Land verteilt, brachten nicht nur wohnortnah neue Studenten an die Hochschule, sondern es ergaben sich ausgezeichnete Kontakte zur umgebenden mittelständischen Wirtschaft. Diese profitierte von der auf ihre Bedürfnisse ausgerichteten Forschung, von den Praktikanten, deren Abschlussarbeiten oder auch Ausgründungen. Auch die neue Aufgabe Weiterbildung unterstützte diesen Trend. Sie wird verstärkt wahrgenommen. Die Wertschätzung stieg (das Ortschild in Amberg/Oberpfalz mit einer Fachhochschule lautet heute „Hochschulstadt Amberg“), die politischen Mandatsträger wurden stolz auf ihre Hochschule und dies beeinflusste deren Einsatz bei Entscheidungen in den Landtagen.

Eine weitere Folge des Bolognaprozesses war die Einführung der W-Besoldung. Die Aufspaltung von Grundbezügen und Leistungskomponenten, die Beurteilung durch die Leitungen der eigenen Hochschule, waren durchaus umstritten. Auch war man sich im Klaren, dass der Geldtopf, der zur Verfügung gestellt wurde, nicht vergrößert würde, bzw. die Unterschiede zwischen den Bundesländern sich vertiefen könnten – was auch eintrat. Aber die W-Besoldung brachte für Professoren an den Fachhochschulen die Möglichkeit des Aufstiegs innerhalb der eigenen Hochschule: Hausberufungen also.

Dass Forderungen nach dem Promotionsrecht, die sog. Dritte Stufe, nicht ausblieben, war zwangsläufig. Hier sträubten sich die Universitäten und auch der Staat. Allerhöchstens Kooperationen von Universitäten und Fachhochschulen unter Leitung eines Universitätsprofessors wurden ermöglicht, blieben aber die Ausnahme. Viele ausgezeichnete Masterabsolventen von Fachhochschulen gingen zum Promovieren ins Ausland, wo auf den Mastertitel, nicht aber auf den Hochschultyp geschaut wurde. Diese Wissenschaftler waren zunächst für den heimischen Markt verloren. Vielleicht ändert ja das in der Diskussion befindliche bayerische Hochschulinnovationsgesetz noch etwas an der restriktiven Haltung – zu wünschen wäre es. Jedenfalls habe ich während meiner Tätigkeit als Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung noch ein Promotionskolleg von kirchlichen Hochschulen (Universität Eichstätt, Hochschule für Philosophie und Kath. Stiftungshochschule) in Bayern auf den Weg bringen können. Zwar wieder nur ein „Hilfskonstrukt“, aber doch Chancen für „unsere“ Studenten. Ich bin sicher, dass es ein Erfolg wird.

C. Partner

Bei der Lösung der geschilderten Probleme hatten die Fachhochschulen und damit gerade der *hlb* es mit schwierigen Partnern zu tun. Da wäre als erstes der Hochschulverband zu nennen, der den jungen Bruder (bzw. die kleine Schwester) nicht anerkennen wollte. Jede neue gesetzliche Regelung zu Gunsten der Fachhochschulen wurde zunächst abgewehrt. Dabei waren die Fachhochschulen wirklich keine direkte Konkurrenz. Aber Abgrenzung erschien ihm wichtig. Natürlich hätte man das Masterstudium auf die Universitäten beschränken wollen. An Bachelorstudenten mit dem Ziel Berufsbefähigung waren die Universitätsprofessoren nicht wirklich interessiert. Wichtig erschien nur der eigene wissenschaftliche Nachwuchs.

Analog zum Verhalten des Hochschulverbands wurden zu meiner Zeit die Fachhochschulen in der Rektorenkonferenz nicht so ganz ernst genommen. Inzwischen gibt es eigenständige Positionen für die Präsidenten der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften innerhalb der Konferenz und die gegenseitige Achtung steigt. Aber wenn es um Forschungsmittel geht, stehen die außeruniversitären Forschungseinrichtungen den Universitätspräsidenten doch näher. Dies gilt leider auch bei der Verteilung der staatlichen Mittel.

Ein weiterer Partner ist die Politik selbst. Dies gilt für die Exekutive wie die Legislative. Sowohl Verwaltungen wie Abgeordnete sind als Entscheidungsträger wichtige Ansprechpartner; nur haben sie leider wenig persönliche oder direkte Erfahrungen mit Fachhochschulen. Sie kennen Fachhochschulen von innen vielleicht von gelegentlichen Besuchen bei Rektoren- oder Präsidentenwechseln, von festlichen Veranstaltungen anderer Art, aber nahezu alle haben – wenn sie studiert haben – an Universitäten ihren Abschluss erworben. Absolventen von Fachhochschulen sind bei den Abgeordneten selten, bei den Beamten des höheren Dienstes ist das 2. Staatsexamen in Jura immer noch am meisten vertreten. Einige wenige Aufstiegsbeamte kennen zwar die Hochschulen für öffentliche Verwaltung, die jedoch nicht mit einer normalen Hochschule verglichen werden können. Aufgrund dieser Ausgangslage war es schwierig, angemessenes Verständnis für die spezifischen Anliegen der Fachhochschulen zu erwarten. Einen gleichberechtigten Platz zu erobern war schwierig – leider haben die 50 Jahre noch nicht ganz ausgereicht.

D. Interessenvertretung *hblb*

Der Kampf um Anerkennung der Fachhochschulen wurde im Wesentlichen von der Interessenvertretung der Professoren geführt. Der *hblb* und in Bayern der VHB verstanden sich einerseits als Vertreter für die Aufwertung der Institution Fachhochschule, aber auch für die Personen, die das Profil prägten, die Professoren und in Spezialfällen (wie der Eingangsbeholdung im öffentlichen Dienst) auch der Absolventen. Immer wieder war ich erstaunt über die Einsatzbereitschaft der Funktionsträger des Verbandes. Jahrelang engagierten sie sich selbstlos. Sie formulierten fachkundige Stellungnahmen und verhandelten mit Entscheidungsträgern. Sie verfolgten die Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern und den wenigen Ländern, in denen es ähnliche Einrichtungen wie die deutschen Fachhochschulen gab und kümmerten sich um die neu entstehenden Fachhochschulen in den neuen Bundesländern. Sie entwarfen bemerkenswerte Stellungnahmen für das Bundesverfassungsgericht und gestalteten die Zeitschrift „Die neue Hochschule“ durch sachkundige Beiträge.

Kennzeichnend für den *hblb* war, dass er sich an der Realität, dem Machbaren orientierte. So wurden seine sachlichen Forderungen ernst genommen, wenn auch nicht immer voll übernommen. Es gab keine Delegiertenversammlung, zu der nicht Entscheidungsträger aus Politik oder Verwaltung eingeladen wurden. Die Beziehungen wurden gepflegt und sog. „hoffnungsvolle“ Nachwuchspolitiker eingeladen (Beispiel der spätere Wissenschaftsminister Sibler in Bayern), die man langfristig für die Fachhochschule zu gewinnen hoffte. Auch sog. Parlamentarische Abende wurden angeboten. Im Gegensatz zu anderen Verbänden vermied es der *hblb*, die Geladenen zu beschimpfen oder sich zu beklagen, dass „man“ zu wenig getan habe. Vielmehr wurde sachlich über die eigenen Positionen informiert und konstruktive Vorschläge gemacht. Im Mittelpunkt stand die Bedeutung der Fachhochschule und nicht das Eigeninteresse. Der Verband hielt Kontakt zu den zuständigen Abgeordneten bei konkreten Gesetzesänderungen, mobilisierte ebenfalls betroffene Verbände (z. B. der Ingenieure) als Bündnispartner und „pflegte“ die zuständigen Beamten bei den Vorbereitungen zu Gesetzesänderungen und den zahlreichen Verordnungen. Man nutzte das Selbstbewusstsein der Bürokratie, wie sie z. B. bei dem geflügelten Wort aus Bayern zum Tragen kam, „wollen Sie wirklich den Minister, oder soll ich nicht lieber selbst kommen ...“.

VHB und *hblb* spielten gekonnt auf diesem politischen Klavier Gerne hätte man mehr erreichen wollen, aber die Ausgangslage mit den schwierigen Partnern oder Gegenspielern war zu berücksichtigen. Unter den gegebenen Umständen wurde sehr viel durchgesetzt.

Als Mitglied habe ich **hlb** und VHB sehr geschätzt. Ich kann die Bedeutung eines Verbandes und die Rolle der Mitglieder gut beurteilen, war ich doch während meiner politischen Karriere zwangsläufig in Kontakt mit vielen Vereinen oder Organisationen. Die Sachorientierung, der pragmatische Arbeitsstil, die kollegiale Atmosphäre und das persönliche Miteinander auch außerhalb der Sitzungsroutine waren sehr angenehm. Sie unterschied sich von vielen anderen Organisationen. Man fuhr gerne zu den Sitzungen und Treffen. Auch die ehemaligen Mitglieder wurden nicht vergessen und bei geeigneten Anlässen einbezogen, obwohl klar war, dass man von ihnen keinen Vorteil mehr erwarten konnte. Wertschätzung war es und Anerkennung für früher geleistete Dienste.

Für die vielen Jahre der Zusammenarbeit, der positiven Erfahrungen vielen herzlichen Dank. Gratulation für die zurückliegenden 50 Jahre erfolgreicher Arbeit – machen Sie so weiter! Die noch nicht erledigten Aufgaben und die neuen Herausforderungen werden Sie – wie bisher – auch schaffen!

